



Die Rolle der Vereinten Nationen weiter stärken

Die Rolle der Vereinten Nationen weiter stärken
3 Fragen, 3 Antworten
Bundesaußenminister Guido Westerwelle will die begonnenen Anstrengungen zur Reform der Vereinten Nationen (UN) entschieden vorantreiben. Das erklärt er in einem "3 Fragen - 3 Antworten"-Interview für den YouTube-Kanal der Bundesregierung.
40 Jahre nach dem deutschen UN-Beitritt am 18. September 1973 sagt Westerwelle: "Wenn wir die Rolle der Vereinten Nationen, gerade auch für Frieden und Menschenrechte, für Konfliktprävention stärken wollen, dann ist es wichtig, dass diese Vereinten Nationen die Welt wiedergeben, wie sie heute ist - nicht wie sie war, nach Ende des Zweiten Weltkrieges."
Die Tatsache, dass Afrika und Lateinamerika keinen permanenten Sitz im Sicherheitsrat hätten, habe viel mit der Welt von gestern zu tun, nicht mit der von heute und morgen, so Westerwelle.
Der Bundesaußenminister äußert die Einschätzung, international wachse die Einsicht in die Reformbedürftigkeit der UN. Deutschland engagiert sich in einer Initiativgruppe gemeinsam mit Indien, Brasilien und Japan für Reformen, insbesondere des Sicherheitsrates.
Westerwelle betont, die Bundesrepublik sei in der internationalen Gemeinschaft angesehen und als zuverlässiger Partner bekannt. Die Wahl Deutschlands in den UN-Menschenrechtsrat wertet Westerwelle als erneuten Vertrauensbeweis.
Das Interview auf YouTube: <http://www.youtube.com/bundesregierung>
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 18 272-0
Telefax: 030 18 10 272-0
Mail: internetpost@bundesregierung.de
URL: <http://www.bundesregierung.de/>

Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".